

Die „Berliner Volks-Zeitung“ erscheint täglich (sonntags nur morgens, Montags nur abends).

Abonnementpreis für Berlin:
75 Pf. monatlich
 frei ins Haus, vierteljährlich M. 2.25 einschließlich 16 städtischer Quartals-Gewinnsteuern

Abonnementpreis für außerhalb des Bezugs durch die Post:
 monatlich M. 0.80, vierteljährlich M. 2.40 einschließlich 16 städtischer Quartals-Gewinnsteuern

Berliner Volks-Zeitung

mit Täglichem Familienblatt und Illustriertem Sonntagsblatt

Abend-Ausgabe

Internationspreis für die Seite 40 W.
 Ehrennennung und Gehalt: 1. 30

Sankt-Expedition:
 SW. Postamtstraße 46/49

Verleger: Dr. Carl Wolff, Berlin W., Unter den Eichen 15

Druck: Carl Wolff, Berlin W., Unter den Eichen 15

Redaktion: Charlottenburger Straße 46/49
 Die unentgeltlich eingehenden Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur: Carl Wolff, Berlin W.
Verlag: Carl Wolff, Berlin W.

Zwanzig Jahre

Sind heute seit dem Tode des Kaisers Friedrich verfloßen. Welche Kreise des Volkes hatten auf ihn große Hoffnungen gesetzt. Denn er hatte Zeichen von liberaler Gesinnung gegeben, aus denen man schloß, daß das traditionelle reaktionäre System Preussens unter seinem Einflusse eine Umänderung erfahren würde. Niemand vernahm zu lagen, ob sich diese Hoffnungen erfüllen hätten, wenn dem Kaiser Friedrich eine längere Regierungszeit beschieden gewesen wäre. Es wäre darauf angekommen, in welchem Umfange sich der Kaiser den reaktionären Einflüssen auf die Dauer zu erziehen vermocht hätte, die in Preußen zu allen Zeiten mächtig gewesen sind: Man weiß, was das Junkertum, was die mit ihm verknüpften bevorzugten Familien in Preußen durchzuführen und zu verhindern wußten; man kennt die Rolle, die die Erlauchten und Edlen des Herrenhauses spielten und so weiter, und so weiter. Selbst von den tatsächlichen und willensbewußten Fürsten gilt viel Häufiger, als sie es selbst wissen und glauben, das Goethe'sche Wort:

„Du glaubst zu scheiden und du wirst geloben.“

In einer der ersten Ansprachen, die der Nachfolger des Kaisers Friedrich hielt, äußerte er den Wunsch, man möge nicht so oft seinen Vater gegen ihn auspielen. Es schien, als wolle es der Sohn verhindern, nach dem liberalen Maßstabe beurteilt zu werden, mit dem man den Kaiser Friedrich zu messen gewohnt war. Gleichfalls nicht lange nach seinem Regierungsantritt hielt der Nachfolger Friedrich III. eine Rede, in der er, zu den „Märtern“ gewendet, erklärte: „Ich werde euch herrlichen Zeiten entgegenführen.“

Der damals noch junge Kaiser verdiente um dieses feines guten Willens willen und im Hinblick auf den schonen Erblassenschaft, den er in diesem Antrittselbst, alle Anerkennung. Jeder erwartete dieser Antrittselbst in einem schweren Jermum über den Umfang der tatsächlichen Macht, über die er sich im 19. und im 20. Jahrhundert verfiel. Nach Lage der allgemeinen politischen, wirtschaftlichen, sozialen und internationalen Verhältnisse läßt sich ein Volk von 60 Millionen von einem einzelnen nicht mehr führen. Das Leben eines großen Volkes wird durch politische und soziale Faktoren bestimmt, die kein einzelner, und wäre er der letzte mächtigste Mann im Staate, so in der Hand hat, der er sie nach seinem Willen beliebig lenken, verschieben, lagern lassen, lebendig machen oder zerstören könnte. Gewiß kann auch ein deutscher Kaiser heute noch vieles anregen und manches verhindern; aber die letzte Entscheidung liegt immer bei den Interessentengruppen im Volke selbst, die stark genug sind, die vom Thron gegebenen Anregungen und den vom Thron festgelegenen Willen zu durchkreuzen und ihre eigenen Ideen durch Übertragung in die Gesetzgebung zu verwirklichen.

Nur ein Beispiel dafür: Der Kaiser hat einmal mit der ganzen erdenträgen Macht seiner Persönlichkeit es als seinen festen Willen bezeichnet, daß der Mittelkanal von Rhein zur Elbe gebaut werde. Der Minister haben sich für diesen Kanal, gleich dem Kaiser, ins Zeug gesetzt. Der Minister der öffentlichen Arbeiten, den Willen der Krone hinter sich wissend, hat den Abgeordneten das trostige Wort ins Gesicht gesprochen: „Gebaut wird er doch!“ Aber den oberleitenden Junkern war der Kanal aus ihren eigennützigsten Interessen heraus ein Grotel, und der Kanal ward nicht gebaut. Die Junker gestatteten lediglich, daß er als Sackgasse vom Rhein her an der Seine endigte. Auf der Schiffbauausstellung, wo eine große Karte des preussischen Wasserstraßennetzes ausgestellt ist, kann man drastisch den Triumph der agrarisch-jungelischen Kanalrebellen verfolgt sehen. Die klaffende Lücke zwischen Hannover und Magdeburg in der großen Wasserbindung des westlichen Fußrumpfes mit dem östlichen hat eine symbolische politische Bedeutung von größter Tragweite.

Die Erfüllung des hochgemuten Wunsches des Kaisers, aber Preußen und das Deutsche Reich herrliche Zeiten heranzubringen zu lassen, ist also dem Kaiser und uns nicht vergönnt gewesen. Es muß darüber hinaus sogar wahrheitsgemäß gesagt werden, daß wir uns in diesen Beziehungen von dem Ideal herrlicher Zustände je länger desto deutlicher entfernt haben. In Preußen haben die reaktionären Mächte ständig an Einfluß und Macht gewonnen. Von einem gebundenen Fortschritt ist nirgends mehr die Rede. Unser Schulwesen mit seinem chronischen Lehrermangel geht zurück. Das alte Dreiklassenwahlrecht, das „elendeste aller Wahlrechte“, besteht immer noch. Unsere Finanzen haben sich in bedauerlicher Weise verschlechtert. Die reaktionären Parteien und sonstigen Interessentengruppen, die im preussischen Landtage das Wort in der Hand haben, verhindern liberale Einrichtungen, deren Segen anderen Ländern längst zugute gekommen ist.

Im Deutschen Reich haben die Steuern eine früher ungedachte Vermehrung erfahren. Trotzdem stehen wir einem Mißstand gegenüber. Selbst sehr tüchtige und besonnene Beamte reden von einem Bankrott der Reichsfinanzverwaltung. Eine halbe Milliarde neuer Steuern jährlich mehr als bisher ist das mindeste, was das deutsche Volk zu ertragen

leistung des Reichsbudgets anzuheben haben wird. Die Reichsfinanzen haben seit dem Jahre 1888, dem Todesjahre Kaiser Friedrichs, eine rapide Zunahme erfahren. Bis dahin betragen sie 721 Millionen Mark. Heute sind sie auf mehr als 4 Milliarden gestiegen. Die notwendigen Lebensmittel haben eine enorme Preissteigerung erfahren. Eine starke wirtschaftliche Depression kündigt sich bei allem mit erschreckender Deutlichkeit an.

Nach dem, was wir eingangs ausgeführt haben, ist für diese traurigen Verhältnisse das Volk selbst verantwortlich zu machen. Es hat die Vorkerkung des Junkertums in Preußen wie eine Schicksalsfügung ertragen; es hat im Reiche von der Waffe des Stimmzettels nicht den richtigen Gebrauch gemacht, sonst hätte es sich eine vornehmlichere Zusammensetzung des preussischen und des Reichsparlaments sichern können. In zwei Jahrzehnten kann ein Volk in freierwilliger Zustimmung sehr vieles leisten, wenn es dazu die Einigkeit und den Willen hat. Man denke, was für ungeheure politische Fortschritte während dieser Zeit England und Frankreich gemacht haben!

Der reaktionären Presse überlassen wir es neidlos, sich heute in ausgereiht byzantinischen Redewendungen zu ergehen. Einer objektiven, klaren, in die Tiefe der politischen und sozialen Verhältnisse dringenden Beurteilung der Lage eines Landes haben die Schneider eines Fürsten noch niemals gebient. Nicht einmal dem Fürsten selbst dienen sie mit ihrem Byzantinismus.

Erinnerungen.

Seit vor zwanzig Jahren ereigte es großes Aufsehen, daß sich der neue Kaiser Wilhelm II. zuerst und allein in einem Erlaße an das Heer und die Marine wandte. In dem Armeebefehl hieß es:

„Ich und die Armer, wir sind für einander geboren, und so wollen wir unauflöslich fest zusammenhalten, möge nach Gottes Willen Friede oder Sturm sein.“

Es ist drei Tage später, am 18. Juni, erschienen ein Erlaß an das Volk.

In der Thronrede (25. Juni), mit der der Reichstag eröffnet wurde, hieß es: „Die Reichsverfassung zu wahren und zu schützen, gehört zu den vornehmsten Rechten und Pflichten des Kaisers, und in der Thronrede bei Eröffnung des preussischen Landtages (27. Juni): „Ich halte mir das Wort des Großen Friedrich gegenwärtig, daß in Preußen der König des Staates erster Diener ist.“ Jedoch drei Jahre später zeichnete der Kaiser seinen Namen in das „goldene Buch“ der Stadt München ein und sagte den Jutah an: „Suprema lex regis voluntas.“ (Das höchste Gesetz ist der Wille des Königs.)

Am allgemeinen hält der Kaiser streng darauf, daß der 15. Juni von der kaiserlichen Familie in aller Stille begangen wird. Er vermeidet es, an diesem Tage mit einer Kundgebung oder mit einer Ansprache hervorzutreten. Nur zwei Ausnahmen sind in den beiden Jahrzehnten seiner Regierungzeit zu verzeichnen.

Im Jahre 1894 besichtigte der Kaiser in Potsdam Mitglieder der Schutztruppe vor ihrer Abfahrt nach Deutsch-Südwestafrika und richtete an sie die Mahnung:

„Koblet Sie stets vor Augen, daß die Leute, die Sie dort treffen, wenn sie auch eine andere Hautfarbe haben, gleichfalls ein Herz besitzen, das ebenfalls Schmerz empfindet. Bewandeln Sie diese Leute mit Milde!“ (Wenn sich das doch die Leute merken wollten, die in Deutschland selbst als Soldaten in einer vor Gericht gebietet werden, wie in den Prozessen der letzten vierzehn Tage.)

Aus Anlaß seines zehnjährigen Regierungsjubiläums, am 15. Juni 1898, verließ der Kaiser, in Anerkennung der Stellung, die sich die Technik am Ende unseres Jahrhunderts erworben hat, der Technischen Hochschule zu Berlin-Charlottenburg Ehre und Stimme im Herrenhause, in das er den Geheimen Regierungsrat Professor Dr. Stahl als Vertreter der Hochschule berief. Diese Anerkennung, die an und für sich bedeutungslos gewesen wäre, erregte damals bei der philologisch verknöchernten Umgebung der humanistischen Richtung ebensowohl Reiz wie Befürdung, da sich die weltrenden Fanatiker einer einseitigen Sinnhaftigkeit nicht an den Gedanken zu gewöhnen vermochten, daß die übergen Gochschulen mit den höchsten Ehren beehrt werden könnten. Jedoch nach einem Jahrzeit, würde man in einer solchen Gleichstellung, die allerdings noch immer nicht vollständig durchgeführt ist und sich noch viel zu sehr auf Ausbezeichnungen beschränkt, längst nicht mehr etwas Besonderes erblicken.

Die schöne Selbstverwaltung.

Die Regierung ist Potsdam am die weitere Zahlung der Feuerungszulagen an die Charlottenburger Lehrer für ungültig erklärt. Der Magistrat hat den Stadtverordneten die Mitteilung zugehen lassen, daß die Regierung in Potsdam für die Gewährung von Feuerungszulagen an Lehrer, Lehrer und Lehrern der Gemeindefinzen und der Bürgermehrschulen ihre Genehmigung zurückgezogen hat, die ohne diese erfolgte Zahlung für ungültig erklärt und einen Bericht erstattet hat. Der Magistrat bemerkt hierzu wohl oder übel: „Wir werden hiernach sofort die Genehmigung der Regierung zur Zahlung der Feuerungszulagen an die Lehrer, Lehrer und Lehrern der Gemeindefinzen nachträglich nachsuchen, um die Anrechnung der Zu-

lagen auf die spätere Gehaltsrevision gemäß dem Gemeindebeschlusse sicherzustellen. Bis zum Eingang der Genehmigung der Regierung müssen wir die weiteren Zahlungen der Feuerungszulagen vom 1. Juli ab wieder einstellen.“

Die „Selbstverwaltung“ hundert Jahre nach der Stein'schen Städteordnung!

Das Kompromiß in Tellow-Beeston.

Man schreibt uns:

Am Sonntag besahe sich eine gemeinsame Versammlung des sozialliberalen Wahlvereins und der sozialliberalen Wahlmänner mit der Intenz bei der Abgeordnetenwahl am 18. Juni. Einmütig wurde beschlossen, das am Sonnabend dem sozialliberalen und sozialdemokratischen Wahlvereine abgegeschlossene Kompromiß anzuerkennen. Danach sind auch die sozialliberalen Wahlmänner verpflichtet, am Dienstag für die Herren Schriftsteller Eduard Bernstein und Dr. Rudolf Breitscheid in dieser Reihenfolge zu stimmen. Sämtliche sozialliberalen Wahlmänner haben bereits ihre Zustimmung zu diesem Kompromiß erklärt. Hierdurch ist es sehr wahrscheinlich geworden, daß diese gemeinsamen Kandidaten in die Stichwahl mit den Konservativen gelangen. Jeder Wahlmann, dem es ernst damit ist, daß die Reaktionen in Tellow-Beeston verbrannt werden sollen, wird daher gut tun, von vornherein für Bernstein-Breitscheid seine Stimme abzugeben; diese allein haben Chancen. Die Herren Zuber und Piepmann werden auf keinen Fall gewählt werden, da sie nicht einmal die Stichwahl kommen können, niemals von der Sozialdemokratie unterstützt werden.

Ebdow, der Steuererfinder.

Außer dem Spiritusmonopol will offiziell die Mitteilung zufolge der Reichsfinanzdirektor Ebdow eine Geleitzugsabgabe einführen. Sie soll zwar „unvermeidlich niedrig“ bemessen werden, aber bei dem wachsenden Bedarf an Geleitzugsdiele ist voraussichtlich ein ansehnlicher Ertrag liefern. Staatssekretär Ebdow erwartet von seinem Geleitzugssteuer die Einnahme von 450 Millionen Mark. Neben dem Spiritusmonopol und der Geleitzugsabgabe wird eine Zigarettensteuer auf Ander und Higaretten ausgeben. Der Ertrag der Geleitzugssteuer berechnet Herr Ebdow auf jährlich etwa 100 Millionen.

Eine angebliche Kaiserrede.

Die ihre Spitze gegen die französisch-englisch-russische Entente richten soll, wird in der „Dortmunder Zig.“ verbreitet. Nach der Besichtigung der Gardefabrique auf dem Döberitzer Exercierplatz ist in dieser Woche soll der Kaiser laut und ansehnlich zur besondern Beachtung für die fremden Militärfachleute geäußert haben:

„Nun, es sieht ja ganz so aus, als ob man uns entreifen und Kellen wollte. Das werden wir zu tragen wissen. Der German hat nie besser gelochten, als wenn er sich nach allen Seiten hin wehren mußte. Sie sollen uns nur kommen. Wir sind bereit.“

Man darf wohl die bestimmte Erwartung ansprechen, daß diese sensationelle Mitteilung in kürzester Frist vollständig demontiert werden wird.

Zur Sache Entenberg.

In den letzten Tagen sind sowohl bei den früheren Sekretäre Ritter als auch beim Jengen Georg Hausladungen vorgenommen worden. Georg hat beim 8. Gardehularenregiment gedient. Schon in jungen Jahren ist er bei GutsMuths, Kaufmann, Redant und Ministerpräsident geworden. Georg ist mit der Tochter eines Schlachtermehrs in Cranzburg, der nächsten Station von Eisenberg, verheiratet. Die beiden Sekretäre des Fürsten, Georg und Ritter, haben heimgelassen als Jengen unter Gd ausgelegt, daß ihnen von der homogenen Verwaltung des Fürsten Entenberg nicht bekannt ist. Nachdem die Buchführung gegen Entenberg abgeschlossen werden ist und dem Reichsminister des Fürsten, Jurgist Wronter die unangenehmen Akten über die Anlage von der Staatsanwaltschaft bereits zugegangen sind, hat, wie der „Anio. floer.“ aus zuverlässiger Quelle mitgeteilt wird, die Familie des Fürsten im Einverständnis mit Jurgist Wronter zur Vertreibung nach dem Justizrat v. Pannewitz in Wittenberg herangezogen. Pannewitz ist aus den Prozessen der Olga Wittol in den letzten Wochen bekannt geworden.

Die „unsterbliche Stadt“.

Eine französisch-spanische Ausstellung ist gegen in Saragossa aus Anlaß der Jahrhundertfeier der Belagerung der Stadt von König Alfons XIII. zusammen mit dem französischen Handelsminister Cudpe eröffnet worden. Nach der freien Verlass der Bürgermeister ein königliches Dekret, durch das Saragossa zur „unsterblichen Stadt“ erklärt wird.

Der Madrider „Ovoca“ schreibt, die Anwesenheit des französischen Sanktionars in Saragossa auf der Seite des spanischen Reiches in Spanien eine neue Ära gemeinsamer Bestrebungen und leuchtbarer Mitteilten einleiten.

Reqa De Amisio +

Einen Telegramm aus Madrid zufolge ist der ehemalige spanische Ministerpräsident Marquis Reqa de Amisio gestorben. Er ist 1824 geboren, hat seit einem halben Jahrhundert eine bedeutende politische Rolle gespielt und war stets ein unerschütterter Liberaler. Wiebmal ist er Minister gewesen. In der letzten liberalen Regierung war er Präsident des Unterhauses und dann Ministerpräsident.

Am 14. Juni. Der Stodbanbire Drillinge mit den an der parlamentarischen Informationsreise teilnehmenden Reichstagsabgeordneten und Bundesratsmitgliedern an Bord ist heute abend um 9 Uhr hier eingetroffen. Infolge harter Südwestwinde hatte der Dampfer mehrtägige Verspätung.